

Antrag

der Bundesregierung

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1773 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 24. August 2007

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stimmt der von der Bundesregierung am 22. August 2007 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) bis zum 15. September 2008 auf der Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und 1773 (2007) vom 24. August 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie weiterer Mandatsverlängerungen des Sicherheitsrates zu. Die vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des VN-Sicherheitsrates und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis 15. September 2008.
2. Der Einsatz wird fortgesetzt unter Fortgeltung der Regelungen des Beschlusses der Bundesregierung vom 13. September 2006, dem der Deutsche Bundestag am 20. September 2006 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 16/2572 vom 13. September 2006). Die Zahl der maximal einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten wird von 2 400 auf 1 400 reduziert.
3. Der Deutsche Bundestag nimmt die Zusicherung der Bundesregierung zur Kenntnis, den Deutschen Bundestag erneut zu befassen, wenn vor Ablauf des hiermit beantragten Mandates der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein Mandat in einer Weise inhaltlich ändert, die für Einsatzrahmen und Aufgaben der eingesetzten deutschen Kräfte von Bedeutung ist.
4. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Verlängerung der deutschen Beteiligung an UNIFIL über den 31. August 2007 hinaus bis zum 15. September 2008 mit bis zu 1 400 Soldatinnen und Soldaten werden rund 95 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2007 rund 32 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2008 rund 63 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Haushaltsjahr 2007 sowie im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2008 Vorsorge getroffen.

Begründung

Seit der erstmaligen Mandatierung des erweiterten UNIFIL-Einsatzes vor einem Jahr hat sich die Situation im Libanon dahingehend verbessert, dass das Risiko eines Wiederaufflammens des bewaffneten Konflikts mit Israel reduziert werden konnte. Trotz der weiterhin problematischen innenpolitischen Lage im Libanon verläuft die Umsetzung der Resolution 1701 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. August 2006 erfolgreich.

UNIFIL hat die zugewiesenen Aufgaben bisher erfolgreich erfüllt. Dies sind: die Überwachung der Einstellung der Feindseligkeiten, die Begleitung und Unterstützung der libanesischen Streitkräfte bei der Stationierung im gesamten Südlibanon, so auch entlang der „Blauen Linie“, die Koordinierung ihrer Aktivitäten mit den Regierungen Israels und des Libanon während der Dislozierung der libanesischen Streitkräfte im gesamten Süden und des Abzugs der israelischen Streitkräfte aus Südlibanon, die Hilfe zur Sicherstellung des Zuganges humanitärer Helfer zur Zivilbevölkerung sowie der freiwilligen und sicheren Rückkehr der Vertriebenen, und die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte bei deren Bemühen, ein Gebiet zwischen dem Litanifluss und „Blauer Linie“ zu schaffen, das frei von bewaffnetem Personal, Material und Waffen ist, es sei denn, diese würden von der libanesischen Regierung und der UNIFIL dorthin disloziert.

Zu den UNIFIL zugewiesenen Aufgaben gehört gemäß Ziffer 11 und 14 der Resolution 1701 (2006) auch die Unterstützung der libanesischen Regierung – auf deren Anforderung hin – bei der Sicherung der Grenzen und anderen Einreisepunkte, um zu verhindern, dass Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial ohne ihre Zustimmung in den Libanon verbracht werden. Teil dieser Aufgabe ist die Sicherung der seewärtigen Grenzen, die auf Anforderung der libanesischen Regierung von UNIFIL MTF wahrgenommen wird. UNIFIL MTF hat in enger Kooperation mit der libanesischen Marine Waffenschmuggel auf dem Seeweg effektiv verhindert. Die wichtige Rolle der MTF bei der Umsetzung der Resolution 1701 (2006) findet allgemein Anerkennung. Auch für die Vereinten Nationen bleibt dieses Element von UNIFIL ein unentbehrlicher Bestandteil des Gesamtkonzeptes für die Mission.

Die Umsetzung der Resolution 1701 (2006) ist eine wichtige Voraussetzung für die politische Lösung des Libanon-Konfliktes. Gelingt die Umsetzung, so könnte daraus eine positive Dynamik auch auf die übrigen Konflikte in dieser Region und damit auf den israelisch-arabischen Friedensprozess insgesamt erwachsen.

Die Konfliktparteien akzeptieren weiterhin grundsätzlich die Resolution 1701 (2006) des VN-Sicherheitsrates. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat in seinem letzten Umsetzungsbericht zur Resolution 1701 (2006) eine insgesamt positive Bilanz gezogen, aber auch vor Risiken für die Umsetzung gewarnt, die sich durch eine sich verschlechternde Sicherheitslage und die innenpolitische Krise im Libanon ergeben. Die Lage an der „Blauen Linie“ bleibt trotz Fortschritten bei trilateraler Koordinierung zwischen Israel, UNIFIL und Libanon gespannt und instabil. Wichtige Themen bleiben die Entwaffnung der Milizen, die Grenzsicherung und die israelischen Überflüge.

UNIFIL hat mit derzeit etwa 13 300 Soldatinnen und Soldaten ihre geplante Stärke erreicht. 18 EU-Mitgliedstaaten und elf weitere Staaten leisten Beiträge zu UNIFIL. Die zwei Anschläge auf UNIFIL im Juni und Juli 2007, denen sechs spanische Soldaten zum Opfer fielen, zeigen, dass die angespannte innenpolitische Lage im Libanon auch Auswirkungen auf den UNIFIL-Einsatz hat.

Die UNIFIL MTF, die gegenwärtig eine Stärke von etwa 1 700 Soldatinnen und Soldaten aufweist, wird seit dem 15. Oktober 2006 von der deutschen Marine geführt. Deutschland stellt derzeit mit ca. 875 Soldatinnen und Soldaten den größten Anteil an der UNIFIL MTF. Auf Bitten der Vereinten Nationen beab-

sichtigt die Bundesregierung, die Führung der UNIFIL MTF bis zum 29. Februar 2008 beizubehalten. Dabei ist im Lichte der bisherigen Erfahrungen eine Absenkung der Obergrenze der deutschen Beteiligung von 2 400 auf 1 400 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen.

Die Verlängerung um zwei Wochen über das Ende des VN-Mandates hinaus soll erfolgen, um der Bundesregierung im Spätsommer 2008 die dann anstehende Entscheidung auf der gesicherten Grundlage eines dann voraussichtlich vorliegenden neuerlichen VN-Mandates zu ermöglichen, auch wenn der VN-Sicherheitsrat seine Verlängerungsresolution erst sehr zeitnah zum Ende des jetzt zu erwartenden VN-Mandates beschließen sollte. Es ist sichergestellt, dass das Bundestagsmandat automatisch erlischt, wenn der Sicherheitsrat Ende August 2008 wider Erwarten sein Mandat nicht verlängern sollte.

Die Koppelung des MTF-Einsatzes an ein Ersuchen der libanesischen Regierung stellt sicher, dass der Einsatz nur in einer Übergangsphase erfolgt, bis die libanesische Regierung in der Lage ist, selbst die Küste zu überwachen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Ausbildungs- und die Ausrüstungshilfe, die Deutschland erbringt, von Bedeutung. Der Zweiklang zwischen maritimer Präsenz und Ausrüstungs- bzw. Ausbildungshilfe sollte bald Erfolg zeigen und eine Reduzierung der UNIFIL MTF insgesamt ermöglichen, da die Fähigkeiten der libanesischen Marine zur Sicherung der Seegrenzen Libanons fortlaufend verbessert werden. Solange jedoch diese Fähigkeiten der libanesischen Marine noch nicht ausreichend sind, ist der Einsatz der UNIFIL MTF und der deutsche Beitrag dazu zwingend erforderlich.

Als konkrete Erfolge der UNIFIL MTF sind festzustellen, dass die israelischen seeseitigen Embargo-Maßnahmen beendet wurden, der Handel und Seeverkehr aufgrund der stabilisierenden Wirkung der UNIFIL MTF gestiegen sind, die seeseitige Überwachung der Grenze funktioniert, da es dort bisher keinen Hinweis auf Waffenschmuggel gab. Die UNIFIL MTF leistet damit insgesamt einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Region.

Deutschland hat ein strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Eine erfolgreiche Implementierung der Resolution 1701 (2006) liegt deshalb in unserem Interesse. Die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel erfordert in besonderem Maße unser aktives Eintreten dafür, dass Israel auf Dauer in sicheren Grenzen existieren kann. Zudem genießt Deutschland trotz seiner besonderen Beziehungen zu Israel unter den arabischen Staaten in der Region hohes Ansehen. Der seegestützte Beitrag Deutschlands und die Bereitschaft, die Führung der Maritime Task Force von UNIFIL zu übernehmen, verstärken dieses positive Ansehen Deutschlands in der Region. Damit bringt Deutschland zudem seinen Willen zum Ausdruck, einen gewichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Nahen Ostens zu leisten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 28. August 2007

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Antrag zur

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen
der "United Nations Interim Force in Lebanon" (UNIFIL) auf Grundlage der
Resolutionen 1701 (2006) und 1773(2007) des Sicherheitsrates der
Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 24. August 2007

mit der Bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Die Vorlage ist vom Bundesministerium der Verteidigung und vom Auswärtigen
Amt gemeinsam erstellt worden.

Mit freundlichen Grüßen



